

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

**Mecklenburg-Vorpommerns wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas – auch beim LNG im Einklang mit Bevölkerung, Umweltschutz, erneuerbaren Energien und Tourismus**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Bevölkerung und die Wirtschaft in unserem Land erwarten einen maximalen Einsatz aller Beteiligten für die Sicherstellung der Energie- und Rohstoffversorgung. Mit einer großen, gemeinsamen Kraftanstrengung ist es durch Einsparungen, Effizienzsteigerungen, die Nutzung von Reservekapazitäten, den Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien und vor allem die Anlandung zusätzlicher Energieträger gelungen, die Versorgung sicherzustellen.
2. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas geleistet. Durch die kurzfristige Ermöglichung der Anlandung von LNG in Lubmin und die Vervielfachung des Umschlags von Öl im Hafen Rostock leistet Mecklenburg-Vorpommern einen substantiellen Beitrag zur Versorgungssicherheit.
3. Das Ziel bleibt, für die Bevölkerung und die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern einen versorgungssicheren und bezahlbaren Übergang in eine energiesouveräne, saubere Zukunft zu gewährleisten. Hierfür hat Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Infrastruktur zur Erzeugung erneuerbarer Energien bereits eine gute Grundlage. Die Erzeugungskapazitäten und auch die Speichermöglichkeiten werden in den nächsten Jahren durch konzentrierte Maßnahmen deutlich ausgebaut werden. Trotzdem braucht es im Übergang zur Energiesouveränität mit erneuerbaren Energien kurzfristig und sicher verfügbare Energieträger, um die Versorgung zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten, die jedoch so schnell wie möglich durch erneuerbare Alternativen abgelöst werden müssen.

In der Vergangenheit aus Russland bezogene Rohstoffe müssen aktuell aber noch durch andere Lieferanten teilweise kompensiert werden. Hierfür braucht es auch nach Einschätzungen des Bundes und der Europäischen Union zusätzliche Kapazitäten zur Einspeisung von LNG in das deutsche Netz.

4. Die aktuellen Planungen der Bundesregierung und weitere Projekte privatwirtschaftlicher Akteure zur Errichtung von LNG-Terminals vor der Küste von Rügen in einem der sensibelsten Naturräume im Ostseeraum müssen mit Blick auf deren Auswirkungen auf die Umwelt (insbesondere Artenschutz, Wasser und Emissionen), Offshore-Windenergie, den Tourismus und die Belange der Bürgerinnen und Bürger kritisch betrachtet und die Details der bundesweiten Planungen zur Energieversorgungssicherheit genau bewertet werden, um diese Interessen in Einklang zu bringen.

## II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mit der Bundesregierung vor jeder Genehmigung von Einzelvorhaben für ein weiteres LNG-Terminal aktiv alternative Szenarien auszuloten. Hierbei gilt es, Standortalternativen umfassend zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf die in Ziffer I.4 aufgeführten Auswirkungen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind transparent zu veröffentlichen. Der Bund hat in diesem Zuge die Notwendigkeit für die Versorgungssicherheit zu bestätigen.
2. in jedem Falle einer Umsetzung von LNG-Terminal-Vorhaben in der Ostsee weiterhin sicherzustellen, dass diese Infrastruktur zur kurzfristigen Sicherung der Versorgungssicherheit nur temporär und leicht rückbaubar installiert wird oder aber „grüngasfähig“ – also beispielsweise für den Transport von Wasserstoff oder Ammoniak geeignet – ist. Gleichzeitig muss der Umsetzung klimapolitischer Ziele Rechnung getragen und die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der Infrastrukturinvestitionen gewährleistet werden.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Dr. Harald Terpe und Fraktion**

**René Domke und Fraktion**